VR-01-074 Gerechtigkeit statt Spardiktat: Für ein Land, das funktioniert (V-09, V-18, V-102 geeint)

Antragsteller*in: Shirin Kreße (KV Berlin-Mitte)

Titel

Ändern in:
Gerechtigkeit statt Spardiktat: Für ein Land, das funktioniert (V-09, V-18, V-102 geeint

Änderungsantrag zu VR-01

Nach Zeile 74 einfügen:

- Gesundheit solidarisch finanzieren

- Der bedeutendste Hebel für Verteilungsgerechtigkeit liegt zurzeit nicht im Steuersystem, sondern bei den Sozialabgaben. Zur Errechnung des prozentual zuzahlenden Anteils wird der Lohn bzw. das Einkommen nur bis zu einer bestimmten Grenze herangezogen – darüberhinausgehendes Einkommen bleibt unberücksichtigt. Das bedeutet konkret, dass Gutverdiener auf einen bestimmten Teil ihresEinkommens keine Sozialabgaben leisten können. Wer wenig hat, wird also prozentual wesentlich stärker belastet als der, der viel hat. Um ebendiese Ungleichheit zu überwinden, setzen wir uns dafür ein, dass die Beitragsbemessungsgrenze schrittweise abgeschafft wird. Um höhere Einkommen stärker als bisher zur Finanzierung der Kranken- und Pflegeversicherung heranzuziehen, soll die Beitragsbemessungsgrenze in einem ersten Schritt mindestens auf das in der gesetzlichen Rentenversicherung geltende Niveau angehoben werden. Neben dem Einkommen aus jeglicher Erwerbstätigkeit sollen auch weitere Einkommensarten z. B. aus Vermietung, Verpachtung sowie Kapitaleinkommen verbeitragt werden. Darüber hinaus müssen wir die steigende Armut, die mit Pflegebedürftigkeit einhergeht überwinden, indem wir eine Pflegevollversicherung einführen. Außerdem muss ein solidarisches Gesundheitssystem von allen Menschen in der Bevölkerung proportional zu ihrem Einkommen und Vermögen getragen werden. Deshalb ist es unverzichtbar, dass wir uns für die Einführung einer Bürger*innenversicherung und der Abschaffung der privaten Kranken- und Pflegeversicherung einsetzen. Damit das Geld der Menschen auch im Gesundheitssystem bleibt, muss auch klar sein: Die Ausschüttung unserer Versicherungsbeiträge an Investoren muss stoppen und privatisierte Gesundheitsbetriebe müssen zurück in staatliche Hand gebracht werden.

weitere Antragsteller*innen

Katrin Schmidberger (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Carola Scheibe-Köster (KV Berlin-Neukölln); Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Rania Al-Sahhoum (KV Berlin-Mitte); Marcus Schmitt (KV Frankfurt); Merieme Benali-Jockers (KV Berlin-Reinickendorf); Linda Guzzetti (KV Berlin-Kreisfrei); Oliver Groth (KV Regensburg-Stadt); Lela Sisauri (KV Berlin-Mitte); Wolfgang Schmidt (KV Berlin-Kreisfrei); Tariq Kandil (KV Berlin-Reinickendorf); Moritz Wiechern (KV Berlin-Reinickendorf); Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Hugo Gisi Klement (KV Berlin-Reinickendorf); Tobias Jahn (KV Berlin-Mitte); Sven Drebes (KV Berlin-Mitte); Wolfgang Schanderl (KV Berlin-Mitte); Bogusz Schmidt (KV Berlin-Reinickendorf); sowie 30 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.